



NEUES VOM RELOTIUS-EPIGONEN

Fake-Leichen werden möglichst geräuschlos beerdigt

Von DAISY | Hätten nicht [Nicolaus Fest](#) und [Michael Klonovsky](#) auf ihren Blogs in spitzbübischer Raffinesse eine Spur zum Claas Relotius-Epigonem bei der Süddeutschen gelegt, dann wäre Deutschland womöglich noch lange in Dummheit gestorben. Sein Name als Fake-Reporter nach Relotius wäre der Öffentlichkeit wohl niemals bekannt geworden. Denn manche deutsche Medien haben offensichtlich die „Aufarbeitung“ des personifizierten Fakes perfektioniert und beerdigen ihre Fake-Leichen neuerdings möglichst still und geräuschlos.

Die [Süddeutsche als Hauptbetroffene](#) des neuen Fake-Skandals hat seinen Namen bis heute konsequent verheimlicht, schreibt Fest. In [Meedia](#) war die witzige Begründung zu lesen, der in flagranti erwischte Star-Faker habe sich noch nicht geäußert, deshalb keine Namensnennung. Inzwischen arbeiten verlagsinterne „Tatortreiniger“ betroffener Medien die Texte auf, ohne offenbar abschließend fündig geworden zu sein.

Außer Spesen nichts gewesen

Anders anscheinend die ZEIT. Dort sind seit dem 1. März einige Beiträge ihres Autoren [Dirk Gieselmann](#) „aktualisiert“ und am

Ende mit einem Prüfvermerk versehen, was ihn indirekt als kontaminierten Autor outet. Da schreibt Gieselmann also zum Beispiel im August 2018 in einer Urlaubsgeschichte von einem geerbten Ring, den er am Rügener Strand verloren hat und nach verzweifelter Suche wiederfindet.

Der ZEIT kommt es offensichtlich darauf an, den Eindruck des unbestechlichen Kontrolleurs zu erwecken. Also meldet sie am Schluss des eher harmlosen Beitrags [„Der Ehering meines Großvaters“](#) erleichtert Vollzug:

Die Redaktion hat die in diesem Beitrag genannten Fakten im Februar 2019 überprüft und folgende Korrektur vorgenommen: Die Ortsangabe der Inschrift „Gottes sind Wogen und Wind“ wurde korrigiert.

Und so geht es weiter. Außer Spesen nichts gewesen.

Indes: Der Name tut fast schon nichts mehr zur Sache. Er könnte auch Schulze, Müller oder Meier heißen oder sogar auf einen dieser latinisierten Edelnamen hören – beinahe uninteressant. Autoren wie Relotius stehen nur für eine Branche, die selbst unglaublich geworden ist und sich möglichst von jeglicher Schuld freisprechen möchte. Aber manche Schreiber tun gewöhnlich nur das, was von ihnen unverlangt abverlangt wird, manche als lupenreine Gesinnungstäter: auf die richtige Haltung kommt es an. Es geht darin eher selten um plumpe Lüge, sondern um ausgefeiltes journalistisches Design der unterschweligen linken Art. Donald Trump einen Rassisten, Lügner und Verbrecher zu nennen, wäre auf Dauer zu primitiv und langweilig. Wenn aber Relotius einen (gefakten) Protagonisten an der Grenze zu Mexiko Szenen der Menschenverachtung des Präsidenten kolportieren lässt, dann souffliert er Hass und Abscheu, die kein Staatsanwalt jemals zur Anklage brächte. So geschehen in [„Jaegers Grenze“](#).

Oder wenn ein Gieselmann im [Rückblick-Feature](#) „Die unerträgliche Gleichzeitigkeit des Seins“ über das

gesellschaftliche Spalt-Jahr 2016 expressis verbis kein Wort über die Flüchtlingskrise schreibt, aber über Trump als „adipösen apokalyptischen Reiter auf dem Kitschpferd“ irrlichtert, dann würde die ZEIT jeden Versuch der kunstvollen Leser-Manipulation natürlich von sich weisen. Also kommt sie nach Prüfung zu folgendem Schluss:

Die Redaktion hat die in diesem Beitrag genannten Fakten im Februar 2019 überprüft und folgende Korrektur vorgenommen: Der Todestag von Scott LaFaro wurde korrigiert.

Na also, Ende gut, alles gut! Wobei sich ein Spruch der Römer in Erinnerung schleicht: „Die Welt will betrogen sein, also betrügen wir sie“.

Empörungswelle blieb aus

Wie die von Relotius & Co. belieferten „Qualitätsmedien“ den aufkommenden erneuten Skandal abwetterten, zeugt davon, dass sie im Krisenmanagement dazu gelernt haben. Eine Empörungswelle wie beim Spiegel-Relotius gab es diesmal nicht mehr. Als proaktive Aufdecker und Verkünder schlechter Nachrichten traten nicht mehr die Süddeutsche (sie stoppte G. rechtzeitig), die ZEIT, der SPIEGEL oder der Tagesspiegel auf, sondern das medienpolitische Webportal Meedia. Was folgte, war ein vergleichsweise schwacher Reflex des medialen Mainstreams, dann herrschte Ruhe. Zum Glück gab es die freien Medien, bevorzugt im Netz.

Die Enttarnung von gefallenen Journalisten ist indes nur die eine unschöne Seite der Medaille. Die Fake-Entwicklung hat längst die handwerkliche Kunstfälscherebene verlassen. „Lügen durch Auslassen“ als gängigstes Format der Propaganda ist zwar immer noch beliebt und an der Tagesordnung, aber altbacken. Selbst und gerade die selbsternannten Gralshüter der alternativlosen Wahrheit, die Öffentlich-Rechtlichen Anstalten, sind da schon weiter und haben laut NZZ Orwell'sches Format erreicht, wenn nicht gar übertroffen.

Gemietete Kleindarsteller des WDR und ihre irren Geschichten wie in „Menschen hautnah“ gehören fast schon zum Normalfall der Zuschauer-Verarsche.

Orwell'sches Format erreicht

„[Framing](#)“ ist der aktuelle Hit, also das Einbläuen stereotyper Formeln, wie Eric Gujer, Chefredakteur der „[Neuen Zürcher Zeitung](#)“ schreibt. In der „Gebrauchsanweisung zur Manipulation der Öffentlichkeit im Sinn der Fernsehanstalten“ setzte sich die öffentlich-rechtliche ARD ihre Moral selbst. Beispiel: Man solle nicht öffentlich-rechtliche Sender sagen, sondern „unser gemeinsamer, freier Rundfunk“, nicht Fernsehgebühr, sondern „unser gemeinsames Rundfunk-Kapital“, das „unsere Eltern und Großeltern mit eigenen Händen aufgebaut haben“, damit wir es an unsere „Kinder und Enkelkinder“ weitergeben, schreibt die NZZ.

Dabei ist die in Deutschland geschätzte Schweizer Tageszeitung selbst nicht gefeit vor Fake-Schreibern. Claas Relotius lieferte auch an die Eidgenossen, wie [Meedia](#) jüngst enthüllte. Außer dem Spiegel hätten insgesamt 13 Redaktionen beziehungsweise Redaktionsverbände Texte von Relotius veröffentlicht. Wichtige Erkenntnis: Keine Redaktion konnte Relotius entlasten. Besser wäre eine Antwort auf die Gretchenfrage gewesen: Wer entlastet die Redaktionen?



Berliner Generalstaatsanwältin: Straffreiheit für Menschen ohne Ticket

Von DAISY | Notorische Berliner Schwarzfahrer müssen sich vermutlich wie Bolle oder Ali freuen, weil Weihnachten und Zuckerfest für sie heuer zusammenfallen. Generalstaatsanwältin Margarete Koppers trägt nämlich zum Jahresende voll die Spendierhosen, weil sie das Ei des Kolumbus gefunden hat. Das Schwarzfahren, so fordert es die juristische Spitzenkraft des rot-rot-grünen Senats, soll künftig in der Bundeshauptstadt völlig straffrei bleiben und auch nicht etwa als popelige Ordnungswidrigkeit gelten. Dann müssten sich Richter und Staatsanwälte nicht mehr mit lästigem Kleinkram beschäftigen und hätten Luft für wirklich Wichtiges, meint die Karrierefrau.

Die Berliner Polizei hat vergangenes Jahr 12.000 Strafanträge zu notorischen Schwarzfahrern bearbeitet. Bislang ist das „Erschleichen von Leistungen“, wie das Schwarzfahren eigentlich heißt, eine Straftat, berichtet die [Morgenpost](#). Eine Abschaffung des Paragraphen 265a würde neben der Justiz auch die Polizei entlasten, so die Hoffnung. Dann könnten die Kräfte besser auf die Fälle konzentriert werden, die die Sicherheit der Stadt gefährdeten, heißt es etwa aus der Innenverwaltung. Auch die Gefängnisse könnten laut Justizverwaltung entlastet werden. Mehr als 300 Menschen sitzen in Berlin pro Jahr vorübergehend in Gefängnissen, weil sie Geldstrafen wegen Schwarzfahrens nicht zahlen wollen oder können.

Alles zu schön, um wahr zu sein, wie der Volksmund sagt. Die Justiz entlastet sich, die Polizei profitiert vielleicht auch

ein bisschen – muss nur der Gordische Knoten von einer superklugen Juristin durchschlagen werden? Wer sind die Loser?

Die Dummen bei diesem Spiel sind wie immer die ehrlichen bezahlenden Kunden, die treu und brav ihre Fahrkarten lösen, [befürchtet die Gewerkschaft](#) der Polizei. Sie müssen gegebenenfalls für die Verluste aufkommen, die entstehen, wenn vielleicht halb Berlin völlig losgelöst von mickriger Schikane auf lau BVG und S-Bahn fährt. Weil ja keine Strafen und Bußen in Form von Freiheitsentzug und Geld drohen, die zu korrektem Bahnfahren veranlassen. Die Strafen betragen derzeit bis zu 60 Euro und für Mehrfachtäter sogar bis zu einem Jahr Gefängnis.

Ohne Strafen und Bußen könnte man es ja gleich lassen und auf den Kartenkauf verzichten, werden sich manche sagen. Überhaupt: Den Verkehrsbetreibern droht bei Zivilklagen auf Schadensersatz Prozessrisiko, weil man zum Beispiel dort, wo nichts ist, auch nichts holen kann und womöglich auf den Ausgaben sitzenbleibt.

Nicht umsonst warnen die Verkehrsbetriebe vor Bagatellisierung des Schwarzfahrens. Bei der BVG hatten zwischen Januar und September 3,14 Prozent der mehr als sieben Millionen kontrollierten Fahrgäste keine Fahrkarte. Bei der S-Bahn wurden 10,4 Millionen Menschen kontrolliert – 2,59 Prozent hatten kein Ticket. Das sind zusammen fast eine halbe Million ohne gültigen Fahrschein. Die Berliner Verkehrsbetriebe verlieren pro Jahr jetzt schon trotz hoher Kontrolldichte rund 20 Millionen Euro durchs Schwarzfahren, sagt eine Sprecherin.

Berlins Justizsenator [Dirk Behrendt \(Grüne\)](#) sieht's naturgemäß locker. Beim Schwarzfahren brauche man nicht das starke Schwert des Strafrechts, sondern es reiche der Säbel der Ordnungswidrigkeit. Damit liegt er noch hinter seiner Generalstaatsanwältin.

Heftige Kritik kommt von CDU und FDP. „Schwarzfahren legalisieren zu wollen, bedeutet eine gefährliche Verlotterung

unseres Rechtssystems“, stellte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Sven Rissmann, fest. „Warum sollte man sich dann überhaupt noch einen Fahrschein kaufen?“ Der Rechtsexperte der FDP-Fraktion, Holger Krestel, nannte Koppers eine „rechtspolitische Geisterfahrerin“.

Immerhin: Berlin ist beim Schwarzfahren auf niedrigsten Stand der vergangenen zehn Jahre. Wie gesagt, das soll sich ändern. Es fehlt nur noch eine entsprechende Bundesratsinitiative. Größter Empfänger von Zahlungen aus dem [Länderfinanzausgleich im Jahr 2017](#) war mit rund 4,23 Milliarden Euro Berlin.



Boris Palmer, der „grüne Spießer“, hat Eier

Von DAISY | Tübingens OB Boris Palmer kriegt es jetzt aber knüppeldick. Der Spiegel und das Netz gießen kübelweise Schmutz über ihn aus, weil er sich einen linken Studenten im 33. Semester, der ihm jüngst frech kam, zur Brust genommen und [Grenzen aufgezeigt](#) hat.

Palmer muss einem nicht leidtun, denn er hat im linken Kübel lange selbst mit gerührt. Was man ihm aber anerkennend anrechnen muss, ist, dass er offensichtlich Eier hat. „Ich wurde nachts respektlos beschimpft“, sagte er gegenüber dpa. Dann habe der junge Mann begonnen, zu randalieren und sich

danach in der Lokalpresse als Opfer stilisiert. Der Student habe laut geschrien, mit Armen gewedelt und Palmer auf Abstand gehalten. „Da geht es um Respektlosigkeit, Respektlosigkeit gegenüber Mitmenschen, gegenüber dem Amt, gegenüber den Vorschriften, gegenüber der Rechtsordnung“, sagte Palmer. Er sei nicht der Auffassung, dass man das ertragen müsse.

Was Palmer passiert ist, ist kein Einzelfall, es gehört in dieser und in weit schlimmerer Form inzwischen zum Alltag. Eine politische und mediale Elite hofiert Auswüchse sogar noch, wenn sie verbale Gewalt als musikalische Kunstform akzeptiert und fördert. Erwartet wird, dass sich die Betroffenen ducken, dulgend ertragen. Wer aufmuckt, wird von den selbsternannten Grenzwächtern des Politisch Korrekten bis ins Private als Jemand nieder- und lächerlich gemacht. Wie vom [Spiegel](#), der Palmer als „Karikatur eines schwäbischen Spießers“ bezeichnet. Oder von Jutta von Dittfurth, die Palmer einen „kleinen verkniffenen rassistischen Diktator“ nannte. Boris [Palmer kontert](#): „Linke Empörungsmaschine“, die ihn mundtot machen will.

Wie gesagt, des Mitleids bedarf der unbequeme Palmer an dieser Stelle nicht. Man könnte sagen, dass Palmer jetzt nur das „erntet“, was u.a. seine Partei gesät hat. Klammheimliche Freude wäre zu viel des Guten. Denn er hat sich zuletzt nicht als der Typ geoutet, der nach oben buckelt und nach unten tritt. Er hat nicht die andere Wange hingehalten, sondern klar denkend und couragiert die Sache auf den Punkt gebracht. Rechtlich sauber. Denn wie soll man Terror, Mord und Vergewaltigung widerstehen, wenn man schon im Kleinen kneift? Palmer hat einen Nerv getroffen, wenn er das vorexerziert, was man vielen von uns schon fast abtrainiert hat: wehret den Anfängen. Dafür ist es nie zu spät.



Wenn der linke Rubel rollt

Von DAISY | Der „Kampf gegen Rechts“ ist längst keine bloße politische Floskel mehr. Er ist mittlerweile fester Bestandteil eines florierenden Geschäftsmodells linker „Kulturschaffender“. Wer zum Netzwerk gehört, kann auf Steuerzahlerkosten fette Kohle machen. Zum Beispiel in der Film- und Musikbranche. Die Hass-Punker von [Feine Sahne Fischfilet](#) und ihr mediales Umfeld schwimmen dabei wie Fettaugen auf der tiefroten Suppe und schöpfen kräftig den finanziellen Rahm ab.

Ein Beispiel, wie sich mit dem Anspruch „gegen Rassismus“ Geld verdienen lässt, sind die sogenannten [Schulkinowochen](#). Das sind bundesweit jährlich stattfindende mehrtägige Schulevents, bei denen der Unterricht im lokalen Kino stattfindet und Kinder und Jugendliche mit ihren Lehrkräften „Film- und Medienkompetenz erfahren“ sollen.

Das Filmangebot soll „von Medienpädagogen ausgesuchte und für den Unterricht besonders geeignete Filme“ umfassen, heißt es beim Hauptveranstalter, dem Netzwerk [„Vision Kino“](#), der das kooperative Vertrauen der Bildungs- und Kultusministerien der Länder hat und von diesen nicht nur ideell unterstützt wird. Das Unternehmen finanziert sich zu gleichen Teilen aus Mitteln der Bundesregierung und der Filmförderungsanstalt. 2007 betrug der Jahresetat rund eine Million Euro.

Zu diesen besonders geeigneten Filmen gehört der ultralinke preisgekrönte Dokumentarstreifen „Wildes Herz“ von 2017 des

Schauspielers und Regisseurs Charly Hübner, der von der Deutschen Filmbewertung als „besonders wertvoll“ bewertet wurde.

Schüler ab 9. Klasse werden 90 Minuten lang zu Sondereintrittspreisen indoktriniert, wie der fette Frontmann „Monchi“ Gorkow von „Feine Sahne“ den Begriff „Heimat“ interpretiert: vor allem, indem er 2016 vor der Landtagswahl in Mecklenburg Vorpommern versucht, die AfD als Inkarnation des Bösen zu verhindern. Es nützt nichts, die Alternativen kommen mit 21 Prozent in den Landtag.

Der Film wurde vom Filmbüro Mecklenburg-Vorpommern mit 30.000 Euro gefördert und in Co-Produktion mit dem NDR, der Kulturellen Filmförderung MV, der Filmförderung Hamburg-Schleswig Holstein und dem Kuratorium Junger Deutscher Film gedreht. In der Synopsis über die Hasspunker mit ihren staatsverachtenden und gewaltverherrlichenden Texten heißt es u.a.:

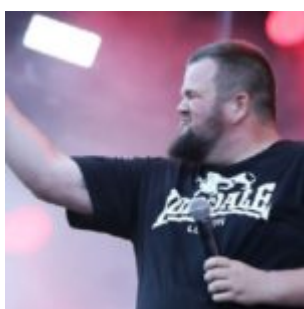
„Wildes Herz ist ein Dokumentarfilm über Jan Gorkow, der mit seiner Band aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie vorgeht und zum wiederholten Mal im jährlichen Verfassungsschutzbericht als staatsfeindlich eingestuft wurde“.

Selbstverständlich kann sich auch Vision Kino auf die freundliche Kooperationsbereitschaft der Bildungs- und Kultusministerien der Länder verlassen, wie es in der Eigenwerbung betont wird. Zu den Kooperationspartnern gehört beispielsweise die Kindermedienstiftung „[Goldener Spatz](#)“, dessen Stiftungsvermögen über 500.000 Euro u.a. vom ZDF, MDR, RTL und der Thüringer Landesmedienanstalt gehalten wird.

Zum Auftakt der diesjährigen Thüringer Schulkinowoche am 19. November soll die „Feine Sahne“-Doku gezeigt werden. Dagegen

regt sich Widerstand der Landes-CDU. Ihr Generalsekretär Raymond Walk erklärte laut Hannoverscher Allgemeine, die teils gewaltverherrlichenden und hasserfüllten Texte der Band trügen zur weiteren Spaltung der Gesellschaft bei. Aufrufe zu Gewalt und Hass seien generell zu ächten und würden nicht dadurch geadelt, dass sie von links außen kämen“.

Die rot-rote Landesregierung kümmert das Lamento wenig: „Politische Einflussnahme, welche Filme gezeigt würden, gebe es nicht“, hieß es lapidar. „Feine Sahne“ freut`s, denn der linke Rubel rollt: das aktuelle Album landete auf Platz 3 der Charts.



„Feine Sahne“: Der Fisch stinkt vom Kopf her

Von DAISY | Die linksradikalen Hass-Punker von [Feine Sahne Fischfilet](#) mit ihren gewaltverherrlichenden und menschenverachtenden Texten erhielten zu Recht Auftrittsverbot im Bauhaus Dessau. Doch jetzt eine irre Rolle rückwärts. Das Anhaltinische Theater in Dessau, als Ersatz-Auftrittsort auserkoren und bislang ebenfalls auf Verbotslinie, knickt ein, [wirft sich in den Staub](#) und leistet Abbitte für seine „Fehlentscheidung“, den Hass-Botschaftern zunächst den Auftritt ebenfalls verwehrt zu haben. Zwei weitere Bauhaus-Stätten in Berlin und Weimar bieten den Punkern zusätzlich

Ersatz-Asyl in Berlin und Weimar. Nur noch das Bauhaus Dessau bleibt bei seinem Nein. Allerdings mit der tranigen Begründung, die Rechten machten sonst zu viel Rabatz. Fällt auch noch diese Bastion?

An den gewaltaffinen Texten der mecklenburgischen Band gegen Polizei und Staat besteht nach wie vor kein Zweifel. „Deutschland ist Scheiße, Deutschland ist Dreck, gib mir ein Like gegen Deutschland“, heißt es unter anderem (weitere Textproben [hier](#)).

Auch das neue Album [lässt im Hass nicht nach](#). „s ist kalt – in der Stadt/Wir ham Bock auf Stress und 'ne Menge Hass./Wir sind zurück in unserer Stadt/Mit 2 Promille durch die Nachbarschaft./Wir sind zurück in unserer Stadt/und scheißen vor eure Burschenschaft.“

Dennoch sind Deutschlands linke Eliten rein närrisch auf Feine Sahne, eine Auswahl:

- Das ZDF wollte das neueste Hass-Album in Dessau auf Kosten der Zwangsgebührenzahler promoten.
- Bundespräsident [Steinmeier empfahl auf Facebook](#) ein Sahne-Konzert in Chemnitz und verlieh damit quasi das staatlich legitimierte Siegel, dass linke Hassparolen unter Kunst zu verbuchen sind, das heißt, erlaubt sind, wenn sie von der richtigen Seite kommen. Auch mancher Chefredakteur bemüht die Kunstfreiheit zur Beruhigung seines Gewissens.
- Der Berliner Kultursenator Lederer (PDS), Vorsitzender des Bauhausverbundes, bietet untertänigstes Asyl an
- Zu den [Fans von Feine Sahne](#) gehört Außenminister Maas (SPD), ebenso wie [Kulturstaatsministerin Grütters](#) (CDU)
- Und die beflissenen Demokratiewächter von der Presse ducken sich: Bedenken wie von der Staatskanzlei Sachsens Anhalts gehen im Getöse unter.

In Zeiten, in denen bereits harmlose Äußerungen auf Facebook

oder Twitter zum Sperren des Accounts führen, wenn nicht gar zu polizeilicher und staatsanwaltlicher Verfolgung, wird ganz offensichtlich ein gewaltaffiner Freiraum nach links offeriert. Von oben geduldet und honoriert. Das Geschehen lässt sich auf einen Punkt bringen: Der Fisch stinkt vom Kopf her.

Beispiele für das zeitweilige mentale Irrsein ganzer Eliten finden sich etliche in der Geschichte. Die Inquisition gehört dazu. Vom Teufel ist heute dagegen alles, was im Verdacht steht, rechts zu sein. Reflexartig wird dann das (linke) Gute unterstützt, und sei es auch noch so abwegig.

Eine Phase des kollektiven Abdriftens findet sich in den früheren 70ern, als es modern war, „progressiv“ zu sein. Der hannoversche Professor Kentler beispielsweise schickte bewusst obdachlose Jungen zu pädophilen Pflegevätern. Als Kentler-Experiment bekannt, vom Jugendamt genehmigt. Das war progressiv. Wer dem nicht folgte, war reaktionär, ein Spießler. Und wurde für vogelfrei erklärt. Linke Netzwerke unterstützten sich gegenseitig. Akzeptanz der Pädophilie gehörte zeitweise auch zu den Grünen. Die mediale Unterstützung durch „progressive“ Magazine war an der Tagesordnung.

Die Zeiten ändern sich, Themen und Inhalte wechseln, die Muster sind weitgehend die gleichen geblieben. Es genügt heute, „links-progressiv“ zu sein, dann gehört man zu den Guten. [Vera Lengsfeld schreibt:](#)

So wird Linksradikalismus hoffähig gemacht. Abzuwarten bleibt, wie die echten Fans der sahnigen Fische es finden, dass ihre Combo staatstragend wird.



ZDF muss Steinmeiers Lieblingsband absagen

Von DAISY | Jan Gorkow, der fette Frontmann von Feine Sahne Fischfilet, grölt im Album „Backstage mit Freunden“ gern gegen Staat und Polizei von der Bühne: *“Die Bullenhelme – sie sollen fliegen/Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein/Und danach schicken wir euch nach Bayern/denn die Ostsee soll frei von Bullen sein“*.

Das gebührenfinanzierte ZDF wollte als Freund und Partner der als linksextremistisch bekannten Punkband ein Konzert in Dessau veranstalten und aufzeichnen, und bekam jetzt sprichwörtlich selbst Prügel: Die Stiftung Bauhaus Dessau hat dem Sender nämlich die Veranstaltung und Aufzeichnung des Konzerts am 6. November untersagt, [berichtet die FAZ](#) unter dem Titel „Keine Sahne Fischfilet“.

Man wolle politisch extremen Positionen keine Plattform geben, hieß es zur Begründung. Man beobachte, dass Rechtsradikale aus der Region im Internet gegen das Konzert mobil machten. Um nicht abermals „zum Austragungsort politischer Agitation und Aggression zu werden, auch vor dem Hintergrund des Status als Unesco-Welterbe“ habe man das ZDF aufgefordert, das Konzert abzusagen.

Die Band wurde zwischen 2011 und 2014 im Bericht des Landesverfassungsschutzes von Mecklenburg-Vorpommern erwähnt und als linksextremistisch eingestuft. Die Staatskanzlei von

Sachsen-Anhalt hatte den ZDF-Plan für ein Konzert der Band als „kaum bis nicht nachvollziehbar“ bezeichnet.

Das ZDF lässt sich davon nicht beirren. Schließlich können die linken Punker auch auf das Wohlwollen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier setzen, der ihren Auftritt vor kurzem in Chemnitz nach dem Mord an [Daniel Hilbig](#) ausdrücklich unterstützt hat. Der Sender teilte auf Anfrage der FAZ mit, man plane weiterhin eine Aufzeichnung eines Konzerts zum aktuellen Album der Band und suche nun nach einem neuen Veranstaltungsort.

Es scheint fast so, dass es sich bei Feine Sahne Fischfilet um ein großangelegtes gebührenfinanziertes Resozialisierungsprojekt für bekehrte Antifa-Punker handelt. Den Hass haben die Punker noch nicht ganz abgelegt, da bleibt für ZDF und Steinmeier noch einiges zu tun. Textprobe aus dem neuen Album:

„s ist kalt – in der Stadt/Wir ham Bock auf Stress und 'ne Menge Hass./Wir sind zurück in unserer Stadt/Mit 2 Promille durch die Nachbarschaft./Wir sind zurück in unserer Stadt/und schießen vor eure Burschenschaft.“

Wer sich beim ZDF erkundigen möchte, warum der mit Zwangsgebühren finanzierte Sender eine linksextremistische, zu Gewalt gegen Andersdenkende ausrufende Gruppierung unterstützt, kann dies hier tun:

» Kontakt: zuschauerservice@zdf.de



„Diciotti“: Die scheinheilige Solidarität der Europäer

Von DAISY | Italiens Innenminister Matteo Salvini hat der Welt vor Augen geführt, wie schlecht es mit der vielbeschworenen Solidarität in Europa bestellt ist. Seiner berechtigten Aufforderung, europäische Länder mögen dem Migrantenüberlasteten Italien die 190 Menschen auf dem Küstenwachtschiff „Diciotti“ abnehmen, sonst werde er diese nicht im sizilischen Catania ausklarieren lassen, folgten am Ende nur Irland als einziges EU-Land. Dazu ausgerechnet Albanien als Nicht-EU-Mitglied und die katholische Kirche. Daraufhin durften in der Nacht zum Sonntag alle restlichen Migranten das Schiff verlassen, nachdem bereits vorher akute Krankheitsfälle medizinisch an Land versorgt [worden waren](#).

Der Diciotti-Fall ist ein Paradox. Ausgerechnet diejenigen, die am lautesten nach Humanität schreien, haben sich auf lau verabschiedet und hinter dem Sankt-Florians-Prinzip verschanzt: Zünd das Haus der anderen an. Damit hat Salvini allen Phariäern der durch NGO's gepimpten Seenotrettung im Mittelmeer einen Spiegel vorgehalten: Seht her, Ihr Heuchler, mit eurem scheinheiligen Samaritertum ist es schlagartig vorbei, wenn es an euren eigenen Geldbeutel geht. Damit waren die unfähigen Bürokraten der EU-Kommission gemeint, die ständig beteuern, sie arbeiteten Tag und Nacht an einer langfristigen Lösung der gefakten Seenotrettung im Mittelmeer. Den Schuh der Schande anziehen müssen sich insbesondere die

Länder, die allenfalls halbherzig bereit sind, dem falschen Spiel im Mittelmeer einen rigorosen Riegel vorzuschieben, um den Schleusern und Schleppern das Handwerk zu legen. Nur damit bewahrt man mittelfristig Menschen vor dem Ertrinken. Gemeint sind nicht zuletzt die Gutmenschler, die bis tief ins Hinterland Solidaritätsadressen für die „Seenotrettung“ organisierten. Zuvörderst jene Stadtoberhäupter von Köln, Bonn und Düsseldorf, die ein Hereinspaziert-Programm im Namen der Humanität forderten. Man gönnt sich ja sonst nichts. Bezahlen sollten die edle Hilfe aus der Provinz natürlich andere, nämlich die deutschen Steuerzahler.

Klar ist, dass der Chef der Lega Nord im Moment der geballten Brüsseler Macht nicht dauerhaft standhalten konnte. Deshalb hat er gesichtswahrend eingelenkt. Aber das Diciotti-Signal wirkt über den spezifischen Anlass und den Tag hinaus. Es zeigt, dass sich immer mehr EU-Länder nicht mehr von abgehobenen Eurokraten drangsaliieren lassen wollen. Dass es ein Irrweg ist, immer mehr Macht in Brüssel zu bündeln und dass die Abgabe von Nationalstaatlichkeit an Merkels und Junkers Garderobe an ihre Grenzen stößt.

Entgegenkommen kann und konnte Salvini als Hardliner in der Fake-Seenotrettung nicht erwarten, selbst im eigenen Lande nicht. Er, der dafür sorgt, dass immer weniger Menschen im Mittelmeer ertrinken, bekam zum „Dank“ ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren eines wichtigtuertischen Staatsanwalts wegen Verdacht des Machtmissbrauchs, der Freiheitsberaubung und der illegalen Festnahme an den Hals. Wie im Trump`schen Amerika gibt es auch im politisch gewendeten Italien immer wieder Teile des Justizapparates, die aus der sicheren Deckung heraus ihr linkes Mütchen kühlen, weil die Bürger eine andere Regierung gewählt haben. Salvini wird den Tritt vors Knie überstehen. Er kann sicher sein, dass ihm und seiner Partei die Herzen der meisten Italiener zufliegen. Vor einer applaudierenden Menge sagte er: „Ihr habt eine Regierung, die die italienischen Bürger bis zum Ende verteidigen wird.“

Salvinis Umfragewerte sind seit dem Amtsantritt der neuen Regierung im Juni stark gestiegen.

Schade, dass in Deutschland solche Patrioten noch nicht an den Hebeln der Macht sind.